

FPÖ INFO

Ausgabe
1/2022

Österreichische
Post AG · SP
05Z036406 S ·
1010 Wien

Wir Freiheitliche sagen weiter „Nein zur Impfpflicht“! Die Stimme des Volkes bleibt ungehört

„Wir werden uns noch wundern, was alles möglich ist“ – dieser Ausspruch wurde zur traurigen Realität! Denn die türkis-grüne Bundesregierung hat nun die Impfpflicht beschlossen, im Nationalrat wurde selbige mit Zustimmung von SPÖ und NEOS durchgewinkt. Für die Österreicherinnen und Österreicher bedeuten vor allem die damit einhergehenden Maßnahmen einen massiven Eingriff in die Persönlichkeitsrechte und in ihre Freiheit.

Obwohl die Impfung nicht hält was sie verspricht, wurde die Impfpflicht auf Biegen und Brechen durchgepeitscht. Während namhafte Verfassungsjuristen der Impfpflicht in dieser Form immer noch sehr kritisch gegenüber stehen, wird, wer Einspruch erhebt, mit einer empfindlich höheren Strafe zu rechnen haben. Was wir aktuell in Österreich erleben, hat für mich nichts mehr mit Demokratie zu tun. Mit der Impfpflicht soll allein das Versagen von Gesundheitsminister Mückstein sowie den einzelnen Gesundheitsstadt- bzw. Landesräten vertuscht werden. Denn sie haben es nach über zwei Jahren Corona immer noch nicht geschafft, das Gesundheitssystem pandemiefit zu machen. Ich erinnere daran, dass lediglich ein Bruchteil der an Corona erkrankten Personen tatsächlich schwere Verläufe erleiden, die Aufenthalte auf der Intensivstation notwendig machen. Noch weniger Menschen sterben daran.

Des Weiteren halte ich die unsägliche 2G-Pflicht für einen veritablen Skandal, da dadurch über eine Million Österreicherinnen und Österreicher vom „normalen“ Leben ausgesperrt werden. Es geht nur noch um die Schikane von Bürgern, die den Regierenden nicht in den Kram passten. Ganz zu schweigen von den wirtschaftlichen Schäden, die dadurch entstehen, ist das ein diktatorisches Vorgehen der Bundesregierung sowie der Länder, welches einer Demokratie unwürdig ist. Ich bin schockiert darüber, was tatsächlich alles möglich ist. Alleine die Tatsache, dass die Stimme all jener zig-tausender Menschen, die wöchentlich auf die Straße gehen, um ihren Unmut, ihre Angst und ihre Sorgen kundzutun, einfach ignoriert werden und diese von Bundeskanzler, Gesundheitsminister und nicht zuletzt vom Bundespräsidenten ungehört verhalten, ist in einem Land wie Österreich mehr als beschämend.

Bei solch massiven Eingriffen in die Grundrechte, muss man davon ausgehen, dass die Notwendigkeit mit Zahlen und Fakten belegt ist, doch das wird nicht einmal mehr versucht.

Euer

Stadtrat Dominik Nepp
FPÖ-Landesparteiobmann



Wussten Sie, dass ...

... es in lediglich sieben von 195 Nationen weltweit eine Impfpflicht gibt? Nämlich in Ecuador, Tadschikistan, Mikronesien, Indonesien, Neukaledonien, Turkmenistan und Vatikanstaat. Nicht ein Land gilt als demokratisch.

Bleib' auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoewien](https://www.facebook.com/fpoewien)

 Internet www.fpoe-wien.at



Impressum:
Freiheitliche Partei
Österreichs (FPÖ),
Landesgruppe Wien,
Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien,
Verlagspostamt: 1010 Wien,
Verlags- und
Herstellungsort: Wien
Österreichische Post AG/SP
05Z036406 S

Der Wiener Rathausklub hat Zuwachs bekommen

Beitrag von **MAXIMILIAN KRAUSS**, Klubobmann FPÖ-Wien



In meiner Funktion als Klubobmann freue ich mich, einen Neuzugang bei der Wiener FPÖ begrüßen zu dürfen. Der bisherige ÖVP-Gemeinderat und Bezirksobmann der ÖVP in Simmering, Wolfgang Kieslich, hat sich entschieden, aus der türkisen neuen Volkspartei auszutreten und darum ersucht, bei uns Anschluss zu finden. Sämtliche Mandatare heißen Wolfgang in unserer Gemeinschaft herzlich Willkommen. Er wird künftig gemeinsam mit unseren acht Abgeordneten und Stadtrat Dominik Nepp den Weg der Wiener FPÖ mitbestreiten und gestalten. Schon seit geraumer Zeit ist Rumoren in der türkisen Partei zu spüren. Spätestens seit unserem Antrag gegen die Impfpflicht, bei dem acht ÖVP-Abgeordnete bei der Abstimmung den Saal verlassen haben – medial wurde dies, wenig verwunderlich, (komplett) totgeschwiegen – sind die Brüche in der Partei offensichtlich. Die Unzufriedenheit dort ist sehr groß und das wird sich auch unter dem neuen Obmann sicher nicht ändern.

„Für mich war der Tag des Wechsels zur FPÖ der einschneidenste in meinem Leben. Der Schritt, nach über einem Vierteljahrhundert die österreichische Volkspartei zu verlassen, ist mir nicht leichtgefallen. Die ÖVP hat sich

aber von ihrer Position als Mitte-Rechts-Partei verabschiedet und sich zu einer reinen Mitte-Partei ohne Kanten und ohne Profil gewandelt. Verbote rund um die Coronapandemie – mit dem Impfzwang als Höhepunkt, war dann der ausschlaggebende Moment für mich zu gehen. Diese Bevormundung kenne ich bis jetzt nur bei Abgeordneten von Linksparteien und nicht von der ÖVP. Auch die Denunzierung von friedlichen Demonstranten als Rechtsradikale und Staatsverweigerer halte ich für letztklassig. Hier wurden eindeutig Rote Linien überschritten.“

In der Flüchtlingsfrage haben wir mit Wolfgang ebenfalls einen Partner gefunden, der unsere Positionen teilt. Denn die Flüchtlingsrouten sind längst nicht geschlossen, wie uns die ÖVP immer glauben machen möchte.

Wolfgang Kieslich wird – gemäß der Geschäftsordnung – all seine Funktionen in den Ausschüssen behalten. Als stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsausschusses wird er vor allem hier einen wichtigen Beitrag leisten können. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit!





NEIN zur GIS-Gebühren-Erhöhung!

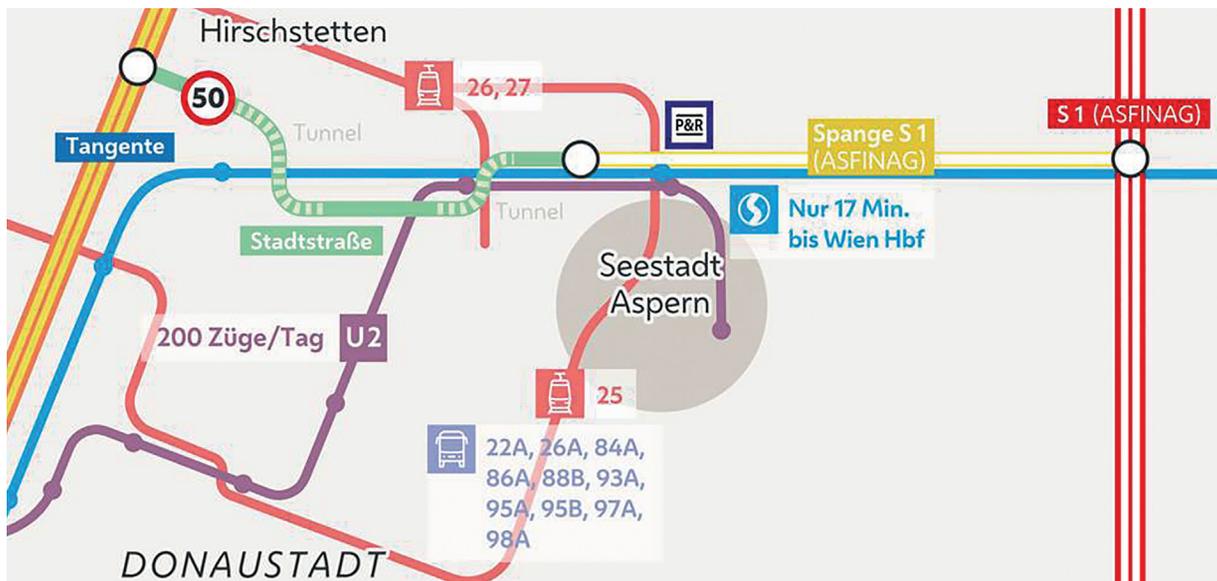
Um acht Prozent wird die ORF-Gebühr ab 1. Februar erhöht, was eine zusätzliche Belastung für alle Wienerinnen und Wiener, die jetzt schon unter der steigenden Inflation, den hohen Strom- und Gaspreisen sowie der Anhebung von Kanal, Wasser und Müll leiden, bedeutet. Bürgermeister Michael Ludwig muss nun rasch tätig werden und die Landesabgabe, die die GIS-Gebühr beinhaltet, abschaffen. Von den derzeit 26,33 Euro GIS-Gebühr entfallen 5,80 Euro auf die Wiener Landesabgabe, die unmittelbar ins Wiener Landesbudget fließt. Rund 800.000 Haushalte müssen in der Bundeshauptstadt GIS-Gebühren zahlen, jeder einzelne würde sich bei Abschaffung der Landesabgabe 70 Euro pro Jahr ersparen. Insgesamt würden die Haushalte 55 Millionen Euro pro Jahr weniger bezahlen.

Bereits im November haben die Wiener Freiheitlichen einen Antrag im Gemeinderat eingebracht, der allerdings von der Stadtregierung abgeschmettert wurde. Die FPÖ wird jedenfalls bei dem Thema Gebühren nicht lockerlassen und weiterhin an die Vernunft des Bürgermeis-

ters appellieren. Andere Bundesländer, wie das freiheitlich mitregierte Oberösterreich oder Vorarlberg, haben diesen Schritt im Sinne der Bürgerinnen und Bürger längst gewagt und auf die Landesabgabe verzichtet. Wie zu erwarten hat sie dies nicht in den finanziellen Ruin getrieben. Jetzt liegt es an Bürgermeister Ludwig, diesen Beispielen zu folgen.



Stadtstraße und S1 – Wiener Stadtregierung lässt sich von Links-Alternativen auf der Nase herumtanzen anstatt zu handeln



Die von den Wiener Grünen zwischen 2010 und 2020 vorangetriebene, bestgeprüfte und in allen rechtlichen Instanzen genehmigte Stadtstraße soll – ginge es nach der grünen Verkehrsministerin Gewessler – nun also nicht gebaut werden. Dabei würde sie nicht nur für die, unter dem Dauerstau leidenden Ortskerne von Aspern, Breitenlee, Essling, Hirschstetten und Stadlau, eine Minderbelastung von mehr als 25.000 Autos pro Tag bedeuten, sondern auch für die Wohngebiete ringsum eine massive Reduktion des Verkehrsaufkommens auf den „Schleichwegen“ mit sich bringen. Die seit Dezember von der Stadt hingenommene Verhinderung des Baustarts durch eine illegale Besetzung der Baustellen durch Linksradike samt illegaler Bauwerke und illegaler Feuerstellen kostete die Wiener Steuerzahler bislang 22 Millionen Euro und verlängert die Abgas-, Feinstaub- und Lärmbelastung für 100.000 betroffene Anwohner ebenso wie für Fauna, Flora und Klima.

Auch der S1-Lückenschluss zwischen Schwechat und Süßenbrunn würde eine Minderbelastung von 77.000 Fahrzeugen pro Tag für die A-23 mit sich bringen, während die, von der grünen Verkehrsministerin blockierte

Realisierung dieser hochrangigen Entlastungsstraße hingegen eine um 75.000 Tonnen gesteigerte CO₂-Belastung für Wien bedeutet. Vor allem im 200.000 Einwohner zählenden 22. Bezirk würden die Ortsteile Aspern, Essling und Hirschstetten um 16.000, 6.000 bzw. 8.000 Autos täglich entlastet. Die positive Folge wäre die massive Reduktion von Abgas-, Feinstaub- und Lärmbelastung für rund 100.000 Menschen und auch für die Umwelt. Der Wiener FPÖ-Verkehrssprecher, Landtagsabgeordneter Toni Mahdalik ist sicher: „Die grüne Blockade der Nordostumfahrung durch eine ideologisch motivierte Entscheidung im Sinne ihrer engstirnigen Wählerklientel richtet massiven Schaden an und ist daher inakzeptabel.“ Er fordert eine sofortige Räumung des Camps und die Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel, um mit dem Bau dieser wichtigen Verkehrsadern endlich beginnen zu können.

